

## BEKANNTMACHUNG

### Lieferauftrag

#### ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n):**

Deutscher Bundestag, - Verwaltung -  
Referat ZT 6, Vergaben,  
Platz der Republik 1,

,

z. Hd. von Vergabereferat,  
11011 Berlin,  
DE

Tel.: +49 30-227-33234.

E-Mail: vergabereferat@bundestag.de.

Telefax: +49 30-227-30374.

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse des Auftraggebers: [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de).

**Weitere Auskünfte erteilen:** die oben genannten Kontaktstellen.

**Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:** den oben genannten Kontaktstellen.

**Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:** die oben genannten Kontaktstellen.

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers:**

Ministerium oder sonstige zentral- oder bundesstaatliche Behörde einschließlich regionaler oder lokaler Unterabteilungen.

I.3) **Haupttätigkeit(en):**

Allgemeine öffentliche Verwaltung.

I.4) **Auftragsvergabe im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber:**

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein.

#### ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags durch den Auftraggeber:**

Grundgesetz und GO (ZT6-1133-2016-086-14-IO2).

**II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:**

Lieferung.

Kauf

Hauptlieferort:

Berlin-Mitte / Roggentin (PLZ. 18184)

NUTS-Code: DE300.

**II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:**

Rahmenvereinbarung

**II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung:**

Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer.

Laufzeit der Rahmenvereinbarung: 2 Jahre.

**II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:**

Druck, Bindung und Lieferung der Texte des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

**II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

79820000

**II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA):**

Nein.

**II.1.8) Aufteilung in Lose:**

Ja.

Angebote sind möglich für: ein Los, mehrere Lose.

**II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig:**

Nein.

**II.2) Menge oder Umfang des Auftrags**

**II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:**

Rahmenvertrag über den Druck, die Bindung und Lieferung von Texten des Grundgesetzes, sowie der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages nach Maßgabe der von der Auftraggeberin jeweils zur Verfügung gestellten Druckvorlagen für eine Vertragslaufzeit von zwei Jahren mit einmaliger Verlängerungsoption seitens der AG für weitere zwei Jahre. Erfahrungsgemäß werden folgende Auflagenhöhen pro Jahr benötigt: Los 1: Text des Grundgesetzes in DIN A6 (Hochformat) a) in Deutsch: 200.000 Exemplare b) in einer Fremdsprache: 20.000 Exemplare Los 2: Text des Grundgesetzes in Deutsch im Miniaturformat (87 x 60 mm Querformat): 100.000 Exemplare Los 3: Text der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in DIN A6 (Hochformat) a) in Deutsch: 8.000 Exemplare b) in Englisch: 2.000 Exemplare Der Auftragnehmer hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Anzahl von Beauftragungen oder Auflagenhöhen.

II.2.2) **Angaben zu Optionen:**

Ja.

Beschreibung der Optionen:

einmalige Vertragsverlängerung um weitere zwei Jahre, sofern die Auftraggeberin von ihrem Recht auf einseitige Verlängerung drei Monate vor Vertragsende Gebrauch macht

II.2.3) **Angaben zur Vertragsverlängerung:**

Keine Angaben.

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Auftragsdauer in Monaten: 24.

**ANGABEN ZU DEN LOSEN**

Los-Nr: 1

**Bezeichnung:**

Text des GG DIN A6

1) **Kurze Beschreibung:**

Druck, Bindung und Lieferung der Texte des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

79820000

3) **Menge oder Umfang:**

Druck, Bindung und Lieferung des Textes des Grundgesetzes in DIN A6 (Hochformat) a) in Deutsch: ca. 200.000 Exemplare pro Jahr b) in einer Fremdsprache: ca. 20.000 Exemplare pro Jahr

4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:**

5) **Weitere Angaben zu den Losen:**

Los-Nr: 2

**Bezeichnung:**

Text des GG Miniaturformat

1) **Kurze Beschreibung:**

Druck, Bindung und Lieferung der Texte des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

79820000

3) **Menge oder Umfang:**

Druck, Bindung und Lieferung des Textes des Grundgesetzes in Deutsch im Miniaturformat (87 x 60 mm Querformat): ca. 100.000 Exemplare pro Jahr

4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:**

5) **Weitere Angaben zu den Losen:**

Los-Nr: 3

**Bezeichnung:**

Text der GO DIN A6

1) **Kurze Beschreibung:**

Druck, Bindung und Lieferung der Texte des Grundgesetzes und der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages

2) **Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):**

79820000

3) **Menge oder Umfang:**

Druck, Bindung und Lieferung des Textes der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages in DIN A6 (Hochformat) a) in Deutsch: ca. 8.000 Exemplare pro Jahr b) in Englisch: ca. 2.000 Exemplare pro Jahr

4) **Abweichung von der Vertragslaufzeit oder dem Beginn bzw. Ende des Auftrags:**

5) **Weitere Angaben zu den Losen:**

**ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN**

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) **Geforderte Kautionen und Sicherheiten:**

Keine

III.1.2) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:**

Leistungsbeschreibung, Zusätzliche Vertragsbedingungen der Verwaltung des Deutschen Bundestages, Teil B der Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen (VOL/B).

### III.1.3) **Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:**

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, - in der die Bildung einer Bietergemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist; - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist; - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt; - dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen mit befreiender Wirkung entgegenzunehmen und - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

### III.1.4) **Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung:**

Nein.

## III.2) **Teilnahmebedingungen**

### III.2.1) **Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Eigenerklärung über die Eintragung im Handelsregister/ in der Handwerksrolle oder Auszug aus dem Berufsregister, sofern eine Eintragungspflicht besteht (Punkt 3.1.1 des Angebotsvordrucks).
- Sofern die Bildung einer Bietergemeinschaft beabsichtigt ist, ist die Erklärung nach Punkt 10 der Bewerbungsbedingungen vorzulegen (Punkt 3.8 des Angebotsvordrucks). Alle Mitglieder der Bietergemeinschaft haben dem Angebot zudem die hier genannten Nachweise beizufügen. Dabei können die Mindestanforderungen gemeinsam erfüllt werden. - Hinweis: Die Auftraggeberin wird ab einer Auftragssumme von mehr als 30.000 € für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, zur Bestätigung der Erklärung einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister beim Bundesamt für Justiz anfordern.

### III.2.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

- Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis (Deckungssumme mindestens 500.000 Euro für Personen- und Sachschäden). Im Falle einer Bietergemeinschaft ist der Betriebshaftpflichtversicherungsnachweis jedes Mitgliedes der Bietergemeinschaft vorzulegen. - Die Eigenerklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach Punkt 2 des Angebotsvordrucks wird durch Unterschrift des Angebots mit abgegeben. Beim Einsatz von Unterauftragnehmern gilt dies auch für den/die Unterauftragnehmer. - Bei Insolvenz einen von allen Gläubigern angenommenen Insolvenzplan und die gerichtliche Bestätigung des Insolvenzplanes als eigene Anlage mit der Bezeichnung "INS" (Punkt 2 des Angebotsvordrucks). - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

### III.2.3) **Technische Leistungsfähigkeit:**

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

- Angabe von zwei aussagekräftigen Referenzen über vergleichbare Leistungen in den letzten drei Jahren. Die Vergleichbarkeit muss gegeben sein hinsichtlich der Druckqualität (Umschlag: 1/0-fbg., Offset, Inhalt: 1/1-fbg., Offset) und der Verarbeitung (Broschur, Klebebindung, Umschlag matt cellophaniert). Zu diesen Referenzen ist jeweils ein Muster des hergestellten Produkts in der geforderten Druckqualität und Verarbeitung mit dem Angebot einzureichen. Für Los 2 ist ein Andruckmuster (fünf Exemplare) des Grundgesetzes im Miniaturformat vorzulegen. Dafür werden

die druckfertigen Daten im geschlossenen PDF-Format von der AG in folgendem Link zur Verfügung gestellt: <ftp://mediaserver10:shcg2rXHrs9K@ftp.bundestag.de/>. Zur Fertigung des Andruckmusters dürfen die beigelegten Daten nicht verändert werden. Das Andruckmuster muss in der in Ziffer 2 der Leistungsbeschreibung festgelegten Qualität sowie dem dort vorgeschriebenen Format vorgelegt werden. Die Referenzen werden anhand der Kontaktdaten überprüft. Werden die Referenzen durch die Präqualifizierungsangaben abgegeben, so sind die vergleichbaren Referenzen hier konkret zu benennen. Leistungen, welche für Unternehmen erbracht wurden, die mit dem Bieter konzernmäßig oder sonst wirtschaftlich verbunden sind, können nicht als Referenzauftrag akzeptiert werden, da es sich um Aufträge für wirtschaftlich unabhängige Dritte handeln muss. Die Auftraggeberin behält sich vor, zusätzlich zu den eingereichten Referenzen gegebenenfalls eigene Erfahrungen aus Vertragsbeziehungen mit dem Bieter in die Eignungsprüfung einzubeziehen (Punkt 3.6 des Angebotsvordrucks). - Sofern der Einsatz eines Unterauftragnehmers beabsichtigt ist, sind die in Punkt 4 des Angebotsvordrucks aufgeführten Angaben vorzunehmen. Zudem ist Punkt 9 der Bewerbungsbedingungen zu beachten.

**III.2.4) Vorbehaltene Aufträge:**

Ja.

**III.3) Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

**III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten:**

**III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der betreffenden Dienstleistung verantwortlich sein sollen:**

**ABSCHNITT IV: VERFAHREN**

**IV.1) Verfahrensart**

**IV.1.1) Verfahrensart:**

Offenes Verfahren.

**IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden:**

**IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs:**

**IV.2) Zuschlagskriterien**

**IV.2.1) Zuschlagskriterien:**

Niedrigster Preis.

**IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt:**

Nein.

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) **Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber:**

ZT6-1133-2016-086-14-IO2

IV.3.2) **Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:**

Nein.

IV.3.3) **Bedingungen für den Erhalt von Vergabe-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung:**

Schlussstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

30.05.2016 23:59:59 Uhr

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Nein.

IV.3.4) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:**

31.05.2016 12:00 Uhr

IV.3.5) **Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber:**

IV.3.6) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können:**

DE

IV.3.7) **Bindefrist des Angebots:**

Bis: 29.07.2016

IV.3.8) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote:**

Ort: entfällt.

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Nein.

**ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN**

VI.1) **Dauerauftrag:**

Nein.

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:**

Nein.

VI.3) **Sonstige Informationen:**

-Bieterfragen werden grundsätzlich nur beantwortet, wenn sie bis zum 24.05.2016 gestellt werden. Die Beantwortung später eingehender Bieterfragen liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle. -Für die Teilnahme am Vergabeverfahren ist die Abforderung und Nutzung der Vergabeunterlagen zwingend; diese können kostenfrei bei der Auftraggeberin, vorzugsweise per E-Mail, oder bei der Vergabeplattform

des Bundes angefordert werden. Die Einzelheiten zu der zu vergebenden Leistung ergeben sich aus den Vergabeunterlagen. -Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) des Bieters dürfen dem Angebot nicht beigelegt werden. Die Beifügung der AGB, auch zum Beispiel auf der Rückseite des Angebotsbegleitschreibens, führt zum Ausschluss des Angebots. -Bei der Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots wird das angebotene Skonto berücksichtigt, wenn die Skontofrist mindestens 14 Kalendertage beträgt. -Es können auch Angebote für alle Lose abgegeben werden.

#### VI.4) **Nachprüfungsverfahren/Rechtsbehelfsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:**

Bundeskartellamt, Vergabekammern des Bundes  
Villemombler Str. 76  
53123 Bonn  
DE  
Telefon: +49 228/94990  
E-Mail: [info@bundeskartellamt.bund.de](mailto:info@bundeskartellamt.bund.de)  
Telefax: +49 228/9499163  
<http://www.bundeskartellamt.de>

##### VI.4.2) **Einlegung von Rechtsbehelfen:**

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:  
Gemäß § 107 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) leitet die Vergabekammer ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein. Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 7 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht. Der Antrag ist unzulässig, soweit  
1. der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat, 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

##### VI.4.3) **Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind:**

##### VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

14.04.2016.